

Europaschule Schulzentrum Utbremen

Bezeichnung "Europaschule" genehmigt werden, wenn sie durch die Integration europäischer Themen, das Angebot von mindestens drei Fremdsprachen, die Beteiligung an europäischen Bildungsprogrammen, die Nutzung moderner Kommunikation mit Europa sowie die Pflege vielfältiger Auslandskontakte entsprechende Verdienste aufweisen. Neben dem Schulzentrum Utbremen gibt es in Bremen nur noch zwei weitere Europaschulen, die Grundschule Burgdamm und das Hermann-Böse-Gymnasium.

Die Europaschule Schulzentrum Utbremen führt vielfältige Aktivitäten durch. Die allerwichtigsten:

Die Durchführung von Seminaren im Internationalen Haus Sonnenberg. Hierbei steht das Kennenlernen von Schülerinnen und Schülern aus anderen Kulturkreisen im Vordergrund. Das Anwenden von Fremdsprachen im direkten Kontakt führt zu mehr Selbstbewusstsein, aber auch zu mehr Toleranz gegenüber anderen. Bisher haben an diesen Seminaren schwedische, italienische, kroatische, ungarische, niederländische, polnische, rumänische und weißrussische Jugendliche teilgenommen.

Ein weiterer fester Bestandteil ist seit mehreren Jahren die Wahrnehmung von Auslandspraktika durch unsere Schülerinnen und Schüler mit Hilfe einer finanziellen Unterstützung des europäischen Leonardo-da-Vinci-Programms. Eine dauerhafte Partnerschaft besteht zum Olaine Kolleg für Mechanik und Technologie in Riga. Seit Jahren kommen Schülerinnen und Schüler von dieser Schule aus Lettland für mehrere Wochen, in der Regel im Januar und Februar, an die Europaschule Schulzentrum Utbremen, um Kenntnisse in Deutsch und Chemie zu erhalten bzw. zu vertiefen. Diese Besuche werden mit Hilfe des Leonardoda-Vinci-Programms finanziert. Im Gegenzug fahren einige unserer Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum nach Lettland.

Kooperationen mit Schulen im europäischen Ausland stellen eine weitere wichtige Säule für den Unterricht dar. Neben den vielen Kontakten aufgrund der schon seit langem bestehenden Mitgliedschaft der Übungsfirma der Schule im internationalen Übungsfirmenring weist die Kooperation mit der Partnerschule in England, des Wootton Upper School & Arts College in Bedford, noch eine Besonderheit auf. Durch diese schon seit Anfang der Neunziger Jahre bestehende Kooperation werden die Geschäftsprozesse in der Übungsfirma nicht nur in verschiedenen Sprachen abgewickelt, sondern auch mit realen Finanzmitteln. Die Absolventen des doppelqualifizierenden Bildungsganges Wirtschaftsassistent/in Fremdsprachen und Allgemeine Hochschulreife müssen dabei eng mit den Schülerinnen und Schülern aus England kooperieren, denn sie sind nicht für die eigentliche Aufführung eines von der englischen Partnerschule aufgeführten Musicals in englischer Sprache im Kulturzentrum Schlachthof verantwortlich, sondern für

die Logistik und für ein professionelles Management, was in der Übungsfirma realisiert wird.

Die Europaschule Schulzentrum Utbremen beteiligt sich seit dem Jahre 2004 an der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung "Jugend macht Europa" im Bremer Rathaus und in der Bürgerschaft, die vom Europa-PunktBremen organisiert wird. Dabei sind unsere Schülerinnen und Schüler für den erfolgreichen Ablauf der Veranstaltung vor Ort verantwortlich.

Kurt Eblinger

DER NEUE VORSTAND DES SPD-ORTSVEREINS ALTSTADT-MITTE



Die neue Vorsitzende des Ortsvereins Sascha Karolin Aulepp (3.v.l.), der Sprecher der SPD-Fraktion im Beirat Mitte Jan Cassalette (2.v.r.), sowie Jörn Bracker, Reinhold Wetjen, Wolfgang Hirt, Jörn Hendrichs, Thomas Uhlig, Birgit Olbrich, Jan-Eric Smolarek (v.l.), nicht auf dem Foto: Irmgard Kowalzik, Bärbel Kühn

Ihre Ansprechpersonen

Sascha Karolin Aulepp • rainaulepp@web.de • 0421 - 7949977

Jan Cassalette • jan@cassalette.com • 0421 - 75528

Thomas Uhlig • 0421 – 70 41 47

Holger Ilgner • 0421 – 794 99 77

Impressum

Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte V.i.S.d.P.: Dr. Bärbel Kühn c/o SPD-Ortsverein Altstadt-Mitte Redaktion & Layout: K. Auf dem Garten, S. Bachmann, B. Kühn, A. Schaa Fotos: P. Rehbein, M. Tabukasch, Archiv PARTEILICH · REGIONAL ·

DAS BLATT[®]

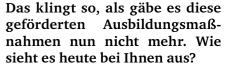
SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT-MITTE 1/2014 BREMEN

VON AUCOOP ZU EUCOOP?

Ein Gespräch mit Michael Tabukasch von Aucoop über einen Bremer Betrieb in Europa.

Die Aucoop in der Weberstr. 18 kennen viele aus dem Stadtbild. Was hat es mit der Aucoop auf sich?

Entstanden ist die Aucoop, also die "Ausbildungs-Cooperative", 1977 mit dem selbst gesteckten Ziel, die Berufsnot der Jugendlichen zu lindern. Damals wurde für diesen Zweck der leerstehende, heruntergekommene Komplex der ehe-



KOSTENLOS

Leider ist die Förderung dieser Ausbildungsmaßnahmen 2005 eingestellt worden. Den letzten Lehrling haben wir 2009 ausgebildet. Heute sind wir in zwei Bereiche geteilt: einmal die Wirtschaftsbetriebe, bestehend aus Schlosserei,



Gebäude der Aucoop

maligen BREMA-Einkaufsgenossenschaft in der Weberstraße von den Vereinsgründern besetzt und konnte später von der Stadt angemietet werden. In mehreren neu gegründeten Werkstätten wurden Jugendliche zu Tischlern und vor allem Elektroinstallateuren ausgebildet. Von 1983 bis 2009 führten wir vom Arbeitsamt geförderte Ausbildungsmaßnahmen für so genannte benachteiligte Jugendliche durch. In dieser Zeit haben mehr als 180 junge Frauen und Männer bei uns ihren Lehrabschluss im Elektro-Bereich erworben. Fast alle haben eine Arbeit gefunden, einige haben sich zu Ingenieuren oder Architekten weitergebildet.

dem Elektro-Betrieb und der Tischlerei. Alle drei sind als Meisterbetrieb eingetragen und arbeiten für öffentliche und private Kunden. Als Besonderheit haben wir "Prounsere jektwerkstatt", in der wir beispielsweise in Kooperation mit der Uni Bremen

(Physikalische Praktika) innovative Lehrmittel für Schulen und Hochschulen weiterentwickeln und bauen. Geplant ist die Überführung der Projektwerkstatt in einen "Integrationsbetrieb" der Aucoop, in dem ca. 40% der Arbeitsplätze für Schwerbehinderte vorgesehen sind.

Und wie sieht der zweite Bereich aus, den Sie genannt haben?

In diesem Bereich arbeitet die Aucoop als Arbeitsmarktpolitischer Dienstleister, z. Zt. führen wir drei Maßnahmen für Hartz-IV-Empfänger durch.

Eine Beschäftigungsmaßnahme für unter 25-jährige Arbeitslose – in eigens dafür eingerichteten Werkstätten (Metall und Elektro) -, in einer zweiten ähnlich ausgerichteten Maßnahme werden acht Langzeitarbeitslose, die älter als 25 Jahre sind, beschäftigt. Eine arbeitet in der Aucoop-Bücherbörse.

Die dritte Maßnahme ist eine "Verwaltungsmaßnahme", in der wir bis zu 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer betreuen und andere Vereine und Träger beraten und unterstützen.

Sie haben Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten. Wie sind die bei Ihnen eingeflossen?

Wir erhalten Fördermittel aus

dem Europäischen Sozialfonds für die letztgenannte Maßnahme, das "Netz-Mitte", ein regionales Netzwerk, das wir gemeinsam mit dem Kulturzentrum Lagerhaus durchführen. Verteilt werden diese Mittel vom Land bzw. der Stadt Bremen im Rahmen des Konzepts "Soziale Stadt" auf so genannte "Fördergebiete", zu denen unser Stadtteil nicht gehört. Es ist also ungewiss, ob wir in der nächsten Förderperiode überhaupt noch Geld für diese Maßnahme bekommen. Wir hoffen aber, dass das zuständige Senatsressort flexibel mit diesem Förderinstrument umgeht.

LEBEN UND ARBEITEN IN BREMEN = LEBEN UND ARBEITEN IN EUROPA

Europäische Politik prägt auch Bremen - deshalb: Wählen gehen!

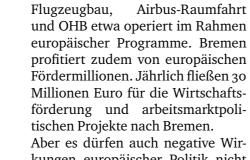
Viele denken, die Europawahl geht uns wenig an. Brüssel ist weit weg, bürokratisch und zentralistisch. Und wenn was von dort kommt, ist es mit Vorsicht zu genießen. Diese Ansicht ist zwar weit verbreitet, verkennt aber die Realität. "Europa" oder "Brüssel" bestimmt unser Leben und Arbeiten in Bremen ähnlich intensiv wie politische Entscheidungen in Berlin oder die bremische Landespolitik. Deswegen ist es wichtig, sich auch in "Europa" einzumischen, aktuell durch die Stimmabgabe bei der Wahl am 25. Mai zum Europäischen Parlament. Was hat Bremen nun mit der EU, mit "Brüssel" zu tun?

Da sind beispielsweise die Herausforderungen, denen nicht mehr allein auf der nationalen Ebene begegnet werden kann. Das betrifft etwa den Umweltbereich, v.a. die Energiewende. Für Bremen sind die Debatten um die Zukunft der Energiepolitik nicht nur umweltpolitisch von Bedeutung, sondern auch arbeitsmarktpolitisch. Die Windkraftbranche hat sich in Bremen in den letzten Jahren zu einem relevanten Wirtschaftszweig gemausert, mit zur Zeit etwa 2500 Beschäftigten allein im Offshore-Bereich. Ihre Zukunft ist maßgeblich mit den klimaund energiepolitischen Entscheidungen der EU verknüpft.

Umweltpolitisch von Bedeutung ist zudem, wie die Nordsee in Zukunft genutzt wird. Immer mehr Nutzungsinteressen – vom Naturschutz über die Fischerei und Energiegewinnung bis hin zum Schiffahrtsweg - konkurrieren miteinander. Die EU hat sich auf den Weg gemacht, eine "maritime Raumordnung" zu konzipieren und gemeinsam mit den Anrainern umzusetzen.

Aber auch für die bremische Wirtschaft insgesamt werden vielfach in der EU die Rahmenbedingungen gesetzt. Die Luft- und Raumfahrtindustrie mit den Firmen Airbus-

Dr. Joachim Schuster ist 52 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Abitur und Zivildienst studierte er Politikwissenschaften. Anschließend war er selbstständig als Politikberater tätig, von 1999 bis 2006 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, danach Staatsrat für Arbeit, Jugend und Soziales sowie für Wissenschaft und Gesundheit. Joachim Schuster kandidiert für das Europaparlament.



Aber es dürfen auch negative Wirkungen europäischer Politik nicht





und tarifrechtlicher Standards bei

der Auftragsvergabe der öffentli-

chen Hand. Umso wichtiger ist es,

im Europäischen Parlament sozial

fortschrittliche, linke Kräfte zu stär-

Diese Beispiele zeigen: Die Europä-

ische Union prägt auch das Leben

und Arbeiten in Bremen. Deswegen

ist es wichtig, sich einzumischen,

ken.

Mit Hilfe von EU-Geldern wurde die Schlachte gefördert: Gastronomie mit vielen Arbeitsplätzen enstand und ein städtischer Platz für alle – auch die mit wenig Geld.

verschwiegen werden: Die jüngste Entscheidung zur Genehmigung von genmanipuliertem Mais ist hochproblematisch. Die EU verhandelt ein Freihandelsabkommen mit den USA, welches zur Absenkung von Sozial- und Umweltstandards führen kann. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes erschweren die Durchsetzung arbeits-

damit nicht einseitige Wirtschaftsinteressen das Bild bestimmen. Wir brauchen auch in Europa eine Politik, die an sozialem Ausgleich und dem Abbau von Arbeitslosigkeit interessiert ist. Und eine Politik, die ökologische Zielsetzungen nicht als nachrangig betrachtet, sondern offensiv angeht. Dies steht am 25. Mai zur Wahl.

EINE FRAGE AN ULRIKE HILLER

Aus Deiner Erfahrung, was würde sich ändern mit einer sozialdemokratischen Mehrheit in der

Vorab: Eine "sozialdemokratische Mehrheit" in der EU bedeutet zweierlei. Erstens eine Mehrheit der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament. Dazu können die europäischen Wählerinnen und Wähler bei den Europawahlen beitragen. Zweitens muss aber auch im Rat, also dem Gremium, in dem die 28 Mitgliedstaaten der EU ihre Entscheidungen treffen, eine andere Mehrheit zustande kommen. Das geht nur über sozialdemokra-

tische Mehrheiten bei den nationalen Wahlen. Im Moment sind konservativ-liberale Regierungen in der Mehrheit der Mitgliedstaaten an der Regierung und geben natürlich auch im Rat den Ton an. Mit veränderten Mehrheitsverhältnissen in Parlament und Rat würde die europäische Politik eine völlig andere Ausrichtung erhalten: Statt wie derzeit den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit in den Vordergrund der EU-Politik zu stellen, würde eine linke Mehrheit stärker auf die soziale Komponente achten. Das betrifft auch die Frage sozialer Mindeststandards und damit auch des Mindestlohns in den Mitgliedstaaten. Außerdem würden Investitionen, gerade in den Krisenländern, mehr nach dem Kriterium ihrer Beschäftigungswirkung ausgewählt. Der Aspekt der Solidarität zwischen den reichen und den ärmeren Regionen Europas könnte verstärkt werden. Auch die Regeln für die Arbeitnehmermitbestimmung in den Betrieben wäre ein wichtiges Element einer sozialdemokratischen Europapolitik. Und schließlich wäre eine Beteiligung des spekulativen Bankensektors an den Folgekosten der Krise ein wichtiger erster Schritt zu einer linken Mehrheit.



lange Jahre Vorstandsmitglied in unserem Ortsverein.

Ulrike

Hiller,

heute Staatsrätin für Integration, Europabeauftragte Bremens und zur Zeit Vorsitzende der Europaministerkonferenz der Länder.

Ach, Europa -

Ein politischer Stoßseufzer von Klaus Auf dem Garten

Geht es um das Stichwort "Europa", so dominiert heute zwischen Ratlosigkeit, Ahnungslosigkeit und Geschimpfe auf "Brüssel" der Gedanke "So wie es ist, kann es nicht bleiben".

Wird dieser Gedanke politisch, kann er zu höchst unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Konzepten führen, die alle ein "Weiter so!" ablehnen.

Vor allem rechtskonservative, neoliberale und nationalistische Scharfmacher wittern Morgenluft und machen sich in vielen Ländern Europas die Ängste der Menschen zunutze, die beispielsweise in den Mittelmeerländern wegen der von "Europa" verordneten tiefen Einschnitte in die sozialen Netze, wegen der am Boden liegenden Wirtschaftstätigkeit und der daraus resultierenden nie gesehenen Jugendarbeitslosigkeit so verunsichert sind, dass sie sich die Lösung ihrer Probleme nur noch durch eine Politik "Los von Brüssel" oder "Raus aus dem Euro!" versprechen. Sogar in Deutschland, dem nach wie vor prosperierenden und ökonomisch stärksten Land, werden Ängste vor Wohlstandsverlust geschürt, der angeblich wegen Milliardenzahlungen an hilfsbedürftige EU-Partnerländer droht. Alte (wie die CSU) und neue (wie die AfD) Parteien gehen damit auf Stimmenfang. Sie alle wollen zurück in eine vermeintlich "sichere" Vergangenheit. Aber es gibt kein Zurück auf "Anfang": Scheitert das Projekt "Europa" jetzt, wird es keine zweite Chance haben.

Wir dagegen wollen etwas anderes, ein Rückwärts gibt es für uns nicht. Kein Zweifel: Europa steckt heute in seiner vielleicht tiefsten Krise, politisch und wirtschaftlich. Einfache Rezepte helfen nicht mehr, nur noch mutige, vorwärtsgerichtete. Die Sozialdemokratie antwortet auf diese Herausforderung: Europa muss demokratischer, sozialer und solidarischer werden! Die Turbulenzen der letzten Wochen haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass Europa mit einer Stimme spricht - auf die Dauer geht das nur, wenn sich die EU zu einer wahrhaft demokratisch verfassten sozialen und politischen Union weiterentwickelt, zu einer Union der europäischen Bürgerinnen und Bürger, nicht der Regierungen. Die Große Koalition mit ihrer Merkel-Mehrheit des "Weiter so!" macht es der SPD nicht leicht, daran mitzuarbeiten. Umso wichtiger ist es, das Europa-Parlament mit der Wahl linker Kräfte zu stärken und damit auch die Chance zu erhöhen, dass Martin Schulz als Kandidat der europäischen Sozialdemokratie für das Amt des Kommissionspräsidenten sich durchsetzen kann.